

Studie zu offenen Daten in Kommunen

Die Chancen überwiegen die Risiken

Wie hilfreich offene Daten sein können, zeigte sich gleich zu Beginn der Corona-Pandemie: Viele BürgerInnen bekamen Informationen zur aktuellen Gefährdungslage direkt von ihrer Stadt, dem Kreis oder der Gemeinde. Eine Studie zeigt: Zwar sind gerade für kleinere Kommunen die Hürden zur Bereitstellung offener Daten groß – doch gibt es praktische Lösungen.

> Tobias Bürger, Annegret Hoch und Henrik Scheller

Ob bei der Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI), im Wettbewerb von Unternehmen oder bei Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung: Offene Daten – Open Data –, die ohne Einschränkungen genutzt, wiederverwendet und verteilt werden können, versprechen, viele gesellschaftliche Probleme zu lösen. Einige Vorreiterkommunen haben sich diesem Grundsatz bereits seit einiger Zeit verschrieben. Wie aber ist es um die Städte, Kreise und Gemeinden insgesamt bestellt? Um ein genaueres Bild zu bekommen, haben die Bertelsmann Stiftung und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) 212 Kommunen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen zu Herausforderungen, Hürden und Unterstützungsbedarfen bei der Umsetzung von Open Data befragt.¹

Was ist der Mehrwert ?

Vom kommunalen Finanzhaushalt über die Standpunkte von Wifi-Hotspots bis hin zu Mobilitätsdaten – offene Daten helfen BürgerInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, aber auch der Verwaltung selbst. Rund drei Viertel der Befragten sehen einen Mehrwert im verbesserten Austausch zwischen den Ämtern. Denn sind die Daten einmal veröffentlicht, können sie sowohl von den eigenen VerwaltungsmitarbeiterInnen als auch von BürgerInnen verwendet werden. So lässt sich auf manche E-Mail an die KollegInnen oder Bürgeranfrage schneller reagieren, weil die Daten bereits in einem maschinenlesbaren und standardisierten Format vorliegen.

Nur ein Drittel stellen schon Daten bereit

Offene Daten werden allerdings erst von rund einem Drittel der befragten Kommunen bereitgestellt. Ungefähr ein weiteres Viertel plant das erst. Knapp 50 Prozent der Befragten sehen in Open Data eher Chancen und fast alle befürworten die politischen Bemühungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen.

Der Aufbau der nötigen Infrastruktur betrifft die Kommunalverwaltung als Ganzes. Mehr als die Hälfte der Befragten hat bereits begonnen, Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten im Umgang mit offenen Daten zu definieren. Dabei hilft insbesondere der Austausch mit anderen Kommunen, um gute Beispiele für die eigene Praxis zu eruieren und Potenziale für die Bereitstellung weiterer Daten auszumachen. In rund der Hälfte der Kommunen, die schon offene Daten zur Verfügung stellen, tun die Fachbereiche dies proaktiv nach eigenem Ermessen. Rund ein Drittel orientiert sich bei der Datenbereitstellung direkt an den Bedürfnissen ihrer Zielgruppen, wenn beispielsweise BürgerInnen Umweltdaten zur Luftqualität oder zum kommunalen Haushalt anfragen.

Kommunen, die bisher noch keine offenen Daten bereitstellen, führen als Gründe den fehlenden gesetzlichen Auftrag sowie mangelnde personelle Ressourcen und fehlende Kompetenzen an. Auch sind datenschutzrechtliche Beden-

ken und die Sorge vor Missbrauch hemmende Faktoren. Insgesamt zeigt sich, dass größere Städte häufiger als kleinere Kommunen Open Data nutzen.

Welche Unterstützung ist gewünscht?

Was benötigen Kommunen also, um Open Data umzusetzen? Über 90 Prozent der befragten Daten-ExpertInnen wünschen sich bei dem Thema mehr interkommunale Zusammenarbeit, praktische Handreichungen und Leitfäden. Einen solchen Leitfaden hat die Bertelsmann-Stiftung kürzlich veröffentlicht. Darin werden die wichtigsten Fragen rund um die Einführung von Open Data beantwortet.²

Weiter wünschen sich 87 Prozent der Kommunen mit bis zu 20.000 EinwohnerInnen und 90 Prozent der Kommunen bis 50.000 EinwohnerInnen ein überregionales Open-Data-Portal. Die Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein machen es vor. Open.NRW ermöglicht es Kommunen seit kurzem, dort selber Daten einzustellen. In Schleswig-Holstein sind neben der Landesverwaltung zurzeit nur Datensätze von Pilotkommunen öffentlich. Kein eigenes Datenportal zu betreiben bedeutet auch, keine mit speziellen Datenkompetenzen ausgestatteten MitarbeiterInnen beschäftigen zu müssen. Weniger Aufwand und weniger Kosten: Gerade für kleinere Kommunen entfallen damit Hürden.

Schließlich wünschen sich die Kommunen umfangreiche Unterstützung: daten-

schutzrechtliche sowie technische Beratung – und vor allem eine finanzielle Förderung.

Jetzt Handeln!

Eine offene Datenbereitstellung ist Teil der fortschreitenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Städte und Gemeinden befinden sich in einem umfassenden Transformationsprozess, der auch durch gesetzliche Vorgaben vorangetrieben wird. So verpflichtet das Online-Zugangs-Gesetz (OZG) Bund, Länder und Kommunen dazu, bis spätestens 2022 ihre Verwaltungsleistungen elektronisch anzubieten. Zeitlich noch näher liegt die nationale Umsetzung der europäischen Public-Sector-Information-Richtlinie (PSI) bis Mitte 2021.

Kommunen benötigen für die Datenbereitstellung rechtliche Sicherheit. Die Umsetzung der PSI-Richtlinie in nationales Recht wird hier als bundesweit verbindlicher Rahmen fungieren. Sie könnte wichtige Weichen dafür stellen, welche Daten auf der kommunalen Ebene veröffentlicht werden sollten, wie Haftungsrisiken geregelt oder ob und wann Gebühren geltend gemacht werden können.

Die Implementierung der PSI-Richtlinie wird vor allem kleinere und finanzschwache Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Gerade sie benötigen deshalb finanzielle und personelle Unterstützung. Von den jeweiligen Landesregierungen getragene Anschubfinanzierungen und weitere Fördermodelle sind nötig, damit die Digitalisierung in den Kommunen nicht den wachsenden Haushaltsengpässen infolge der Corona-Pandemie zum Opfer fällt.

Ein Wandel in der Organisationskultur steht an

Gleichzeitig können Kommunen sich einem Wandel in der Organisationskultur nicht mehr verschließen. Open Data ist für die Verwaltung ein Querschnittsthema, an dem prinzipiell viele Akteure teilhaben sollten. Die Stadt- und Verwaltungsspitze sollte die Umsetzung von Open Data deshalb mit Engagement verfolgen, aktiv in die Verwaltung und Bürgerschaft



Foto: Succo / Pixabay

kommunizieren und in eine umfassende Datenstrategie integrieren, um innovative Lösungen zu entwickeln und die digitale Daseinsvorsorge vor Ort zu stärken.

1) Bertelsmann Stiftung: Open Data in Kommunen: Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten; Gütersloh 2020, 28 Seiten, PDF auf bertelsmann-stiftung.de/gruenlink.de/1uo9

2) Bertelsmann Stiftung: Ein Leitfaden für offene Daten; Gütersloh 2020, 28 Seiten, PDF auf bertelsmann-stiftung.de/gruenlink.de/1uo9

> Dr. Tobias Bürger ist Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung und arbeitet dort zu den Themen Open Data und demografischer Wandel.

> Annegret Hoch ist Ökonomin und war am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) mit der Befragung zu offenen Daten in Kommunen betraut.

> Dr. Henrik Scheller ist Teamleiter Wirtschaft und Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin.

Mehr zum Thema Digitalisierung im Schwerpunkt der AKP 4/2020: „Kommune digital“.